

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/024/2016)

am Donnerstag, 21. April 2016,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:43 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Dirk Hilbert

CDU-Fraktion
Heike Ahnert

Fraktion DIE LINKE.
Tilo Kießling
Anja Stephan

SPD-Fraktion
Dorothee Marth

FDP/FB-Fraktion
Barbara Lässig

stimmberechtigte Mitglieder
Anett Dahl
Anke Lietzmann

beratende Mitglieder
Detlef Lenk
Claus Lippmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Tina Siebeneicher

Fraktion Alternative für Deutschland
Maik Augustin

stimmberechtigte Mitglieder
Franziska Grimm
Jan Güldemann

beratende Mitglieder
Sven Liebert
Jan Pratzka
Gunther Reinsch

Stellvertretende Mitglieder
Reinhard Fries

Vertretung für Herrn Christoph Stolte

Christian Georgi
Sabine Grohmann
Claudia Joseit

Doreen Lorenz
Johannes Richter
Olga Sperling
Uwe Teich
Daniel Wendt

Vertretung für Frau Angelika Fischer
Vertretung für Frau Sabine Bibas
Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah
Vertretung für Herrn Sascha König-Apel
Vertretung für Frau Heike Riedel
Vertretung für Herrn Markus Degenkolb
Vertretung für Herrn Georg Zimmermann
Vertretung für Herrn Carsten Schöne

Abwesend:

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

stimmberechtigte Mitglieder

Heike Riedel
Carsten Schöne

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb
Angelika Fischer
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche
Georg Zimmermann
Sabine Bibas
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Sascha König-Apel
Ekaterina Kulakova
Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah
Christoph Stolte

Verwaltung:

Frau Greif
Frau Grohmann
Frau Puschbeck
Frau Harder
Herr Kühn
Frau Eulitz

Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Rechtsamt

Schriftführerin:

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----|--|----------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift vom 28. Januar 2016 und 3. März 2016 | |
| 2 | Informationen/Fragestunde - Bericht Steuerungsgruppe | |
| 3 | Vereinbarung zur Betriebsführung, Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft mit der Kindervereinigung Dresden e. V. | V0941/16
beschließend |
| 4 | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2016/2017 | V0943/16
1. Lesung |
| 5 | Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe - Prioritätenliste von baulichen Maßnahmen bzw. Erhaltungsmaßnahmen 2016 | V0987/16
1. Lesung |
| 6 | Auswahlentscheidung bezüglich der eingegangenen Angeboten zur Ausschreibung gemäß Antrag A0177/16 | |
| 6.1 | Auswahlentscheidung bezüglich der eingegangenen Angebote zur Ausschreibung gemäß Antrag A0177/16 | A0209/16
beschließend |
| 7 | Integration von geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch Bildung und Beschäftigung | A0201/16
beschließend |
| 8 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

Nicht öffentlich

- | | |
|---|---------------|
| 9 | Informationen |
|---|---------------|

öffentlich

Einleitung:

Herr Güldemann begrüßt stellvertretend für den abwesenden Vorsitzenden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zur 24. Sitzung. Die Ladung ist frist- und formgerecht erfolgt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Herr Stadtrat Kießling informiert, der Antrag zu TOP 6 liege auf den Plätzen. Da das Auswahlverfahren erst am 19. April 2016 gewesen sei, konnte der Antrag bzw. die Bewertungsergebnisse nicht früher gefertigt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

1 Kontrolle der Niederschrift vom 28. Januar 2016 und 3. März 2016

Zu den Niederschriften gibt es keine Anmerkungen, sodass diese mehrheitlich bestätigt werden.

2 Informationen/Fragestunde - Bericht Steuerungsgruppe

Frau Greif berichtete u. a. über folgende Punkte von der Steuerungsgruppe:

Planungskonferenzen seien in mehreren Stadträumen durchgeführt worden. Der Abschluss der Planungskonferenzen mit Wirkungsradiusanalyse sei für Mai 2016 geplant. Das Einbringen und die Interpretation der Wirkungsradiusanalyse sowie das Einbringen der aktuellen Beschreibung der Stadträume seien wichtige Punkte. Es soll diskutiert werden, was an jugendhilflicher Leistung im Stadtraum benötigt und gebraucht werde. Eine Interpretation der Ergebnisse der Planungskonferenzen soll von der Verwaltung erstellt werden und diese soll den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt werden. Im Mai 2016 seien in den Stadträumen 11, 12, 14 und 15 Planungskonferenzen geplant. Beginn werde der 10. bzw. 11. Mai 2016 sein, in den folgenden Wochen immer Dienstags und Mittwochs, dazu lädt sie die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein. Sie erläutert die Problematik der Stadtraumetas. Im Amtsblatt vom 1. April 2016 seien die Ausschreibungen für die Mikroprojekte. Frau Förster (freier Träger) hätte einen Vertreter, Herrn Preiser, benannt. Der nächste Termin zur Beratung der Steuerungsgruppe sei der 27. April 2016.

Herr Güldemann informiert, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Mai 2016 ggf. ausfallen könnte, da nur eine Vorlage behandelt werden könne, dies könne unter TOP 8 diskutiert werden.

Zur Auslastung Kofinanzierungsfonds (Information Nr. 4/2016) habe, **Frau Marth**, im letzten UA Planung gebeten, vom Jugendamt eine Übersicht zu bekommen, welche Träger oder Projekte zu integrativen Maßnahmen gefördert werden bzw. positiv beschieden worden seien.

Frau Greif meint, sie habe nur die Information, dass die positive Befürwortung für das Conni e. V. vorliege.

Herr Stadtrat Kießling möchte zum „Förderprogramm nachhaltige soziale Stadtentwicklung“ wissen, ob sich z. B. Träger der Jugendhilfe beworben hätten und wie der aktuelle Arbeitsstand sei.

Herr Lippmann erläutert, das Thema sei dem GB 6 angegliedert. Die Stesad sei mit der Durchführung beauftragt. Es handle sich um drei ESF anteilig geförderte Stadträume (Johannstadt, Friedrichstadt und Dresden Nord). Das Jugendamt hätte seine Mitwirkung zugesichert. Die Projektleitung hätte Herr Pfohl inne. Am 27.10.2015 hätte das Jugendamt an der Auftaktveranstaltung teilgenommen. Das Verfahren sei weitergelaufen, insgesamt gebe es 95 Projektskizzen. Diese lägen dem Stadtplanungsamt vor und würden derzeit bewertet. Es soll eine Zusammenfassung erstellt werden und eine Rücksprache mit den eingereichten Trägern erfolgen. Danach werde eine Vorlage für den Stadtrat (Mai 2016) zur Beschlussfassung erstellt. Derzeit zeichne sich ab, dass der zur Verfügung gestellte Fond überzeichnet sei mit den eingereichten Projektanträgen. Weitere Informationen werde er schriftlich übermitteln.

Frau Stephan informiert, am kommenden Montag tage der UA Förderung. Einige Träger hätten Nachanträge für 2016 gestellt. Sie bittet zeitnah um eine Liste, wer welche Nachanträge gestellt hätte und welche schon beschieden worden seien und wie.

Herr Lippmann sagt zu, dass der UA Förderung umfassend informiert werde.

Frau Grohmann erläutert die vorliegende Endauswertung zum Trägerwechsel einer Kindertageseinrichtung.

Es folgen keine weiteren Fragen, sodann schließt **Herr Güldemann** den Tagesordnungspunkt.

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 3 | Vereinbarung zur Betriebsführung, Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft mit der Kindervereinigung Dresden e. V. | V0941/16
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Herr Güldemann erklärt seine Befangenheit zu TOP 3 und TOP 6, bei diesen beiden Punkten übernehme Frau Lässig die Leitung der Sitzung. Er selbst werde weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilnehmen.

Frau Lässig fragt, ob eine Vorstellung der Vorlagen gewünscht sei.

Dies ist nicht der Fall.

Frau Dahl bringt einen Ergänzungsantrag ein und erläutert diesen.

Frau Grohmann erklärt, selbstverständlich würden Anträge geprüft und dies gehöre auch zu den Verfahrensschritten. Inhaltlich gehöre der Text aber in die Vereinbarung unter Punkt 5.1.

Frau Stadträtin Ahnert meint, wenn sie es richtig verstanden hätte, sei das was im Ergänzungsantrag gefordert werde, schon im Vertrag enthalten. Der Ergänzungsantrag sei somit unnötig, außerdem sei die Finanzierung juristisch schwierig. Für einen Träger gebe es eine Sonderregelung, die für die anderen Träger nicht gelte.

Frau Marth führt aus, im UA Kita sei u. a. Thema gewesen, welche Kosten noch zusätzlich geltend gemacht werden könnten.

Frau Dahl erklärt, die vorgeschlagene Änderung von Frau Grohmann zum Ergänzungsantrag werde übernommen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht, sodann tritt **Frau Lässig** in die Abstimmung ein. Der Ergänzungsantrag wird zuerst abgestimmt.

Folgender Text ist in die Vereinbarung unter Punkt 5.1 aufzunehmen: Sonstige Kosten, die im Rahmen der Betriebsführung und Betriebskostenfinanzierung der Kindertageseinrichtungen anfallen, können auf Antrag finanziert werden.

Abstimmung: 11 Ja 0 Nein 1 Enthaltung **Zustimmung**

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Abschluss der Vereinbarung zur Betriebsführung, Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft mit der Kindervereinigung Dresden e. V. entsprechend Anlage 1 dieser Vorlage zu.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Kindervereinigung Dresden e. V. auf Grundlage der vom Jugendhilfeausschuss bestätigten Vereinbarung abzuschließen.
3. Folgender Text ist in die Vereinbarung unter Punkt 5.1 aufzunehmen: Sonstige Kosten, die im Rahmen der Betriebsführung und Betriebskostenfinanzierung der Kindertageseinrichtungen anfallen, können auf Antrag finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

4	Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2016/2017	V0943/16 1. Lesung
----------	---	-------------------------------------

Die Vorlage wird durch **Frau Grohmann** eingebracht (Anlage 1).

Herr Stadtrat Kießling möchte wissen, wie die Beziehung zwischen dem Fachplanentwurf und dem Wirtschaftsplanentwurf sei. Bei den Grundschulen mit besonders hohen Schülerzahlen möchte er wissen, wie in der beschriebenen räumlichen Enge das Ganztagsangebot (folgend: GTA) realisiert werde.

Frau Grohmann führt aus, die Schule gehöre ganztägig allen Kindern und dieses Raumkonzept bedeute, dass es keine verschlossenen Räume mehr gebe. Wenn Schulen an die Kapazitätsgren-

ze kommen, werde vor Ort geschaut, wie das Bildungs- und Raumkonzept umgesetzt werden könne.

Herr Stadtrat Kießling meint, die Mittel für GTA würden den Schulen zur Verfügung gestellt. Dazu möchte er wissen, ob die Schulen, die eine erhöhte Schülerzahl hätten aber doch Bedarf hätten an Angeboten, ob diese die Mittel trotzdem bekommen.

Frau Grohmann antwortet, dies sei nicht ausgenommen. Die Frage sei wie es konzeptionell eingebaut sei, ob es sich um ein GTA mit einer Raumerfordernis zusätzlich zum Hortraum handle oder ob das GTA in die vorhandenen Räume integriert sei.

Der Fachplan und der Wirtschaftsplan würde beide einen Mehrbedarf anzeigen. Der vorliegende Fachplan, Teil B, Seite 3, zeige das vorgezeichnete Bild, was getan werden könne, um die 1.300 Plätze zu realisieren. Der Wirtschaftsplan zeige einen Mehrbedarf der investiven Mittel an, der Fachplan besage einen Platzbedarf. Was als Mehrbedarf im Wirtschaftsplan stehe, sei im Programm der Beschlussvorlage enthalten. Jetzt müsse sortiert werden, d h. im Ergebnis komme ein Mehrbedarf heraus, es müsse Maßnahme für Maßnahme verschoben werden, weil es nicht mehr Mehrbedarf sei sondern von dem Programm gefördert werde. Die Übersicht gemäß des Beschlussauftrages sei in wenigen Tagen im Ausschuss für Bildung (BA/Kita) vorliegend.

Frau Stadträtin Ahnert hebt hervor, wenn sie es richtig gelesen hätte, basieren der Wirtschaftsplan und der Fachplan nicht auf den gleichen Grundannahmen. Der Bedarf sei in beiden Plänen unterschiedlich.

Frau Grohmann erklärt, sie hätte sich jetzt auf die Auflistung von Mehrbedarfen bezogen. Das bedeutet, was sagt der Fachplan, wie viel Maßnahmen werden benötigt um die geplanten Plätze zu schaffen und was sage investiv der Wirtschaftsplan. Es werde ein neuer Standort in Pieschen und Blasewitz benötigt, dies sei im Wirtschaftsplan hinterlegt. Die Löbtauerstraße (Mietangebot) z. B. sei nicht im Wirtschaftsplan enthalten. Wenn man nur die Investitionpläne anschau, komme man nicht automatisch auf die 1.300 Plätze. Daher sei bei dem Beschlussauftrag wichtig, dass transparent gemacht werde, dass bei dem Mehrbedarf eine Maßnahme rausrutsche, weil diese über das Programm finanziert werde und trotzdem bleibe in der Übersicht das Wort „Mehrbedarf“ stehen.

Frau Stadträtin Siebeneicher bemerkt zum Thema zugewanderte Familien mit Migrationshintergrund, es sei gesagt worden, dass die erhöhte Zuwanderung nicht dazu führe, dass der Anspruch auf einen Kita Platz nicht gehalten werden könne. Gleichzeitig könne es zu Verschiebungen beim Wunschtermin kommen, sie möchte wissen, ob es für 2016/2017 schon konkrete Zahlen dazu gebe.

Frau Grohmann meint, derzeit könnten seit September 2015 Ist-Zahlen erhoben werden, die Kennzahl aus den Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Es werde eine Zentrierung im Hortbereich gesehen. Im Bereich der unter Dreijährigen sei ein langsames Hineinwachsen zu verzeichnen. Ziel sei das Integrationsangebot optimal zu nutzen. Dies bedeute, dass ein gesondertes Verfahren erfolgen müsse und Einzelfallentscheidungen müssten getroffen werden. Welcher Trend aufkommen könnte, könne derzeit nicht gesagt werden. Wenn die Prognose angeschaut werde und es werde unterstellt, dass bei der Zuwanderung

die gleiche Nachfragequote zu verzeichnen sei, wenn das für die gesamten Mehrkinder unterstellt werde, würden 57,5 Prozent Krippenplätze, 99,5 Prozent Kitaplätze, somit also 580 Plätze fehlen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Herr Güldemann** beendet die 1. Lesung.

- | | | |
|----------|--|-------------------------------|
| 5 | Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe - Prioritätenliste von baulichen Maßnahmen bzw. Erhaltungsmaßnahmen 2016 | V0987/16
1. Lesung |
|----------|--|-------------------------------|

Frau Dahl und **Herr Stadtrat Kießling** zeigen ihre Befangenheit an und rücken in den Zuschauerraum.

Die Vorlage wird durch **Herrn Lippmann** eingebracht.

Es folgen keine weiteren Fragen, sodann beendet **Herr Güldemann** die 1. Lesung.

- | | |
|----------|--|
| 6 | Auswahlentscheidung bezüglich der eingegangenen Angeboten zur Ausschreibung gemäß Antrag A0177/16 |
|----------|--|

- | | | |
|------------|---|----------------------------------|
| 6.1 | Auswahlentscheidung bezüglich der eingegangenen Angebote zur Ausschreibung gemäß Antrag A0177/16 | A0209/16
beschließend |
|------------|---|----------------------------------|

Herr Güldemann zeigt zu diesem Tagesordnungspunkt seine Befangenheit an und rückt in den Zuschauerbereich.

Frau Sperling ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und rückt in den Zuschauerbereich.

Frau Lässig übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Stadtrat Kießling berichtet aus dem Unterausschuss Planung. Er erläutert die ausgeschriebenen Angebote und wie es zu dem Verfahren bzw. zu den Bewertungsergebnissen gekommen sei. Er weist auf eine Besonderheit hin, da zwei Personen die Präsentation nicht gesehen hätten. Ein Mitglied Unterausschuss Planung sei zu spät gekommen, die Vertreterin des Büros der Ausländerbeauftragten konnte an der Sitzung nicht teilnehmen. Es wurde jedoch beschlossen, dass die Stimmen der zwei Personen trotzdem mit gezählt werden.

Frau Dahl beantragt punktweise Abstimmung. Die Bewertung zu der 139. Grundschule sei sehr knapp. Mit dem Hintergrundwissen, dass manche Vertreter, die hier bewertet hätten, die Präsentation nicht gesehen hätten, könne sie heute keine Entscheidung treffen. Daher wäre es gut, dass dieser Punkt an den Unterausschuss Planung zurück überwiesen werde und dann könne erneut noch einmal bewertet werden.

Frau Marth führt an, ein kritischer Punkt sei auch gewesen, wie die Schulen an der Auswahl beteiligt werden könnten. Es sei entschieden worden, dass **Herr Reinsch** als Vertreter der sächsi-

schen Bildungsagentur (folgend: SBA) die Schulen vertrete. Im Unterausschuss kam die Frage auf, ob es eine Stellungnahme der Schulen gebe. Von der Verwaltung sei auch nicht bestätigt worden, dass eine Stellungnahme der 139. Grundschule vorläge. Ihr sei die Stellungnahme gestern zugestellt worden und diese präferiere eine Zusammenarbeit mit der Kindervereinigung Dresden e. V. Eine Entscheidung, könne sie sich nur auf einer vollständigen Informationsbasis bilden. Es sei explizit nachgefragt worden, ob eine Stellungnahme der Schule vorliege. Schulsozialarbeit sei nur dann effektiv, wenn der freie Träger gut arbeiten könne an der Schule.

Frau Lässig erläutert, auch sie hätte die Mail mit der Stellungnahme erhalten, von solchen Mitteilungen halte sie nicht viel. Sie weist darauf hin, dass es sich nicht um einen Gleichstand der Bewertungsergebnisse handle, sondern dass es einen Punkt Unterschied gebe.

Herr Lippmann erklärt, es sollte überlegt werden, ob das Verfahren nicht grundsätzlich geändert werden soll. Innerhalb dieses Verfahrens sei beschlossen worden, einen Vertreter von den Schulen hinzuzuziehen und dieser sei auch anwesend gewesen. Die Bewerbungsunterlagen hätten im Unterausschuss Planung vorgelegen. Diese beinhalteten auch den Wunsch der Schule, mit dem freien Träger „Kindervereinigung Dresden e. V.“ zusammenzuarbeiten. Es läge somit die Bestätigung des Trägers vor, dass die Schule mit ihm zusammenarbeiten wolle.

Frau Stadträtin Ahnert hebt hervor, es sei ärgerlich, dass nicht noch einmal auf die Stellungnahme hingewiesen worden sei. Aber die Unterlagen müssten eben auch genau gelesen werden.

Frau Grimm führt aus, sie hätte die Unterlagen gelesen, die Aussage des freien Trägers bezüglich der Schule sei ihr aber nicht aufgefallen. Die Aussage, die Herrn Lippmann gemacht hätte, hätte sie sich im Unterausschuss gewünscht, zumal auch mehrfach danach gefragt worden sei. Das knappe Ergebnis stelle sie auch nicht zufrieden.

Herr Stadtrat Kießling wirbt für das Vertrauen in die Bewertungsergebnisse, die im Unterausschuss Planung getroffen worden seien. Es sei keine Festlegung im Vorfeld getroffen worden, ob jedes Mitglied die Präsentation gesehen haben müsse oder nicht. Es gebe jetzt die Möglichkeit, dass der Jugendhilfeausschuss das vorliegende Bewertungsergebnis akzeptiere oder aber dass der Jugendhilfeausschuss das Auswahlverfahren bzw. die Bewertung selbst durchführe. Eine andere Option wäre, dass der Beschlusspunkt noch einmal in den Unterausschuss zurücküberwiesen werde. Er wisse aber nicht ob dies verfahrensrechtlich möglich sei. Es müsse ein Verfahren gefunden werden, in das auch diejenigen, die nicht zu der Auswahlgruppe gehören, ein hohes Vertrauen hätten.

Frau Eulitz erklärt, es sei durchaus möglich, den einen Beschlusspunkt zurück zu überweisen. Dieser könne dann als neuer Antrag noch einmal behandelt werden. Das laufende Auswahlverfahren jetzt zu ändern halte sie für kritisch. Wenn das Verfahren geändert werde, müssten alle drei Beschlusspunkte neu bewertet werden.

Herr Reinsch führt aus, die Konzepte seien gemeinsam mit dem Fachreferat Grund- und Förder-schulen ausgewertet worden.

Frau Stephan betont, in die Arbeit des Unterausschusses hätte sie Vertrauen. Das knappe Ergebnis gäbe ihr aber nicht das Vertrauen, diesem Folge zu leisten. Sie bittet darum, dass die Un-

terlagen, die der Unterausschuss vorgelegt bekomme, auch den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt werden. Die Zeitplanung des Unterausschusses soll so erfolgen, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Bewertungsergebnisse rechtzeitig im Vorfeld erhalten. Sie möchte von der SBA wissen, wie es zu den verschiedenen Meinungen der beteiligten Akteure (z. B. Schule, Eltern, Fachberatung) gekommen sei.

Frau Lässig konstatiert, wenn das Verfahren geändert werde, müsse der Antrag auf Verfahrensänderung noch einmal ausformuliert werden.

Herr Lippmann erläutert, neue Erkenntnisse lägen nicht vor. Der freie Träger hätte die Information (Stellungnahme der 139. Grundschule) vorgelegt. Auch eine knappe Entscheidung sei eine Entscheidung.

Frau Stadträtin Ahnert fragt, welche Auswirkungen ein späterer Beschluss für den Maßnahmenbeginn hätte.

Die Maßnahme beginne erst am 1. Juli 2016, somit hätte die Beschlussfassung zu Beschlusspunkt 2 im nächsten Jugendhilfeausschuss keine Auswirkung auf den Beginn der Maßnahme, meint **Frau Lässig**.

Frau Lietzmann verweist auf einen ähnlichen Fall, wo die Stellungnahme eine ausschlaggebende Rolle gespielt hätte. Im Unterausschuss sei explizit nach der Stellungnahme der Schule gefragt worden und da sei darauf verwiesen worden, dass keine vorliege.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Frau Lässig** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des VSP e. V. für das Angebot der Schulsozialarbeit an der 129. Grundschule.

Abstimmung: 12 Ja 0 Nein 0 Enthaltung Zustimmung

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Lebenshilfe Dresden e. V. für das Angebot der Schulsozialarbeit an der 139. Grundschule.

Punkt 2 wird in den Unterausschuss Planung zurücküberwiesen.

Abstimmung: 10 Ja 0 Nein 2 Enthaltung Zustimmung

3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Ausländerrat Dresden e. V. für das stadtweit agierende Angebot mit mobilem Ansatz zur Integration von Kindern, Jugendlichen und deren Familien mit Migrationshintergrund

Abstimmung: 11 Ja 0 Nein 1 Enthaltung Zustimmung

Herr Wendt erklärt zu seiner Teilnahme bei der Abstimmung, dass er als Vertreter der Arbeiterwohlfahrt hier sei und deshalb nicht befangen sei.

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des VSP e. V. für das Angebot der Schulsozialarbeit an der 129. Grundschule.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Ausländerrat Dresden e. V. für das stadtweit agierende Angebot mit mobilem Ansatz zur Integration von Kindern, Jugendlichen und deren Familien mit Migrationshintergrund.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 7 | Integration von geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch Bildung und Beschäftigung | A0201/16
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Herrn Kießling gibt die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Planung ab. Er weist darauf hin, dass zur Klarheit noch die entsprechenden Gesetze eingefügt worden seien.

Weitere Anmerkungen erfolgen nicht. Herr Güldemann stellt die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Planung zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Staatsregierung Sachsen Verhandlungen über geeignete Maßnahmen zur Integration von geflüchteten bzw. asylsuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu führen. Die Integration der genannten Personengruppen kann insbesondere durch ein spezielles Landesprogramm erreicht werden, das die Förderung niedrigschwelliger Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in Einrichtungen der Jugendhilfe gemäß § 13 (2) SGB VIII zum Inhalt hat.
2. Darüber hinaus soll der Oberbürgermeister mit der Staatsregierung über die Anerkennung von Bildungsmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe gemäß § 13 (2) SGB VIII durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus verhandeln.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert alle Förderprogramme in diesem Bereich einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1

8 Berichte aus den Unterausschüssen

Frau Stephan erläutert, der Unterausschuss Hilfen zur Erziehung hätte sich mit folgenden Themen befasst:

- Statistische Auswertung von 2015 zu Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen
- Statistische Auswertung zu Meldungen der Kindeswohlgefährdung
- Prüfung Stand der Erfüllung der einzelnen Maßnahmen die im Teilfachplan „Hilfen zur Erziehung“ beschlossen worden seien.

Zu den genannten Themen werde sie in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses näheres berichten.

Frau Dahl erklärt, am kommenden Montag finde der Unterausschuss Förderung statt, wo das Thema „Prioritätenliste Baumaßnahmen“ behandelt werden soll. Sie plädiert dafür, dass der nächste Jugendhilfeausschuss stattfinden soll.

Herr Güldemann erklärt, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Mai 2016 stattfinden werde.

Weiterer Informationsbedarf gibt es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht, sodass die Jugendhilfeausschusssitzung geschlossen wird.



Jan Güldemann
Vorsitzender



Barbara Lässig
Vorsitzende



Monika Weber
Schriftführerin



Anja Stephan
Mitglied



Franziska Grimm
Mitglied